



**Geschäftsführung
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und
Grün**

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 11.06.2008

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 03.04.2008, 14:00 Uhr bis 15:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner CDU

Herr Walter Grau CDU

Herr Dr. Michael Paul CDU

Herr Dr. Alexander Fladerer SPD

Frau Polina Frebel SPD

Herr Michael Paetzold SPD

Frau Monika Schultes SPD

Herr Gerhard Brust Grüne

Frau Dr. Sabine Müller Grüne

Herr Dr. Rolf Albach FDP

bis 14:35 Uhr

ab 14:35 Uhr für Herrn Paetzold

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Egbert Bischoff

auf Vorschlag der CDU

Herr Dietmar Donath

auf Vorschlag der SPD

Herr Ralf Bilke

auf Vorschlag der Grünen

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Herr Florian Distelrath

Herr Michael Eppenich

Herr Reinhard Muck

Herr Christian Rahmfeld

Herr Peter Winkels

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge

**Presse
Zuschauer**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher begrüßt alle Anwesenden zur Sondersitzung zum Thema "Bürgerhaushalt". Diese sei aufgrund einer Entscheidung des Finanzausschusses einberufen worden, da dieser die Vorschläge zum Bürgerhaushalt zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen habe.

Bevor der Ausschuss in die Tagesordnung eintritt, gratuliert Herr Bacher Herrn Winkels ganz herzlich zum heutigen Geburtstag.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

1 Beschlussvorlagen

- 1.1 Bürgerhaushalt 2008
Beratung über die Umsetzung der Vorschläge
1050/2008

2 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

3 Beschlussvorlagen

4 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

1 Beschlussvorlagen

1.1 Bürgerhaushalt 2008 Beratung über die Umsetzung der Vorschläge 1050/2008

Herr Eppenich gibt eine kurze Einführung in die Vorlage und legt die Systematik dar. Er erläutert, dass man die Vorlage nach Schwerpunkten (Clustern) geordnet habe. Die Schwerpunkte und Umsetzungsprogramme mit den haushaltsmäßigen Auswirkungen seien in Anlage 1 aufgeführt.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bewertet die Bildung von Clustern positiv, da sie eine erhebliche Erleichterung zur Beschlussfassung darstelle. Er gehe davon aus, dass die Abarbeitung der Umsetzungsprogramme in Abstimmungen mit den Bezirksvertretungen, im Rahmen der Prioritätenliste und unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Belange erfolge.

RM Herr Dr. Paul macht allen Beteiligten, in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern, die sich zahlreich an der Aufstellung des Bürgerhaushaltes beteiligt haben, ein Kompliment. Er stimmt seinem Vorredner zu, dass die Bildung von Clustern eine Beratung und Beschlussfassung erleichtere. Auch die CDU-Fraktion werde die Verwaltungsvorlage zur Grundlage nehmen. Was die Einzelmaßnahmen angehe, habe man bis auf zwei Punkte vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

RM Frau Dr. Müller bekräftigt, dass sie den Vorlagenaufbau ebenfalls als sehr hilfreich betrachte. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich detailliert mit den einzelnen Schwerpunkten der Vorlage beschäftigt. Daher würde sie gerne später dazu Anmerkungen machen, signalisiert aber jetzt schon vorbehaltlich der Finanzierbarkeit grundsätzliche Zustimmung zur Verwaltungsvorlage.

SB Herr Dr. Albach begrüßt die Vorlage für den Bürgerhaushalt ebenfalls sehr. Sie entspreche, insbesondere hinsichtlich des Schwerpunktes "Sauberkeit in Köln", den Erwartungen der FDP-Fraktion. Er macht in diesem Zusammenhang auf den unlösbaren Konflikt zwischen Hunden und Kindern aufmerksam. Daher sei es gut, dass dies noch mal betont werde.

Er kritisiert die "Prinzipientreue" der Verwaltung, z. B. im Hinblick auf das Rheinpark-Konzept. Es sei der Vorschlag gemacht worden, einen befahrbaren Weg vom Rheinpark nach Norden in Richtung Mülheimer Hafenbrücke zu realisieren. Die Verwaltung verweise jedoch einfach nur auf den Landschaftsplan und lehne diesen Vorschlag daher ab. Dies sei sehr juristisch gedacht und nicht bürgerfreundlich im direkten Verfahren erklärt. Bedauerlich sei auch, dass viele der Dinge, bedingt durch ihre Saisonabhängigkeit, erst im nächsten Jahr durchgeführt werden.

Abschließend regt Herr Dr. Albach an, aus den Erfahrungen zu lernen und sowohl positive, als auch negative Dinge im Verfahren "zu notieren" (Stichwort "Manöverkritik"), um eine Umsetzbarkeit in den nächsten Jahren nicht zu erschweren.

RM Herr Dr. Paul macht auf die zwei Punkte aufmerksam, bei denen die CDU-Fraktion nicht der Verwaltungsvorlage folgen wolle.

Zum einen handle es sich um das **Cluster "Grünanlagen, Grünflächen, Gewässer - Pflege und Unterhaltung", Rang 16, 16 a, 27, 27 a und b**. Es gehe hier um die Problematik "**Toilettenhäuschen in Grünbereichen**". Aus Sicht der CDU-Fraktion habe es sich die Verwaltung zu einfach gemacht, indem sie sage, abgesehen von den Anschaffungskosten entstünden weitere Kosten und dies sei nicht finanzierbar. Diese Grundaussage sei zwar richtig. Man erwarte jedoch von der Verwaltung, dass sie Lösungsmöglichkeiten aufzeige, z. B. auf den Poller Wiesen eine Einbeziehung der Toilettenanlagen der Bezirkssportanlage in die Nutzungsmöglichkeiten an Wochenenden und / oder in den Sommermonaten. Man brauche sicher nicht an jeder Ecke in Kölner Grünanlagen Toiletten. Vielmehr sei es wichtig, kreative Lösungen zu finden, die sowohl der finanziellen Notwendigkeit, als auch dem tatsächlichen Problem Rechnung trügen. **Daher fordere man die Verwaltung auf, ein entsprechendes Konzept vorzulegen.**

Zum anderen betreffen bestimmte Vorschläge **fehlende Kontrollen und Kontrolldichte**. Im **Cluster "Hunde, Hundekot", Rang 10, 67 a, aber auch im Bereich "Sauberkeit, Müll, Abfall", Rang 12, 14, 98** werde die Frage aufgeworfen, ob nicht stärkere Kontrollen durchgeführt werden können. Auch hier mache es sich die Verwaltung zu einfach, indem darauf verweise, dass 20 zusätzliche Ordnungskräfte in 2007 eingestellt worden seien. Der Verweis sei zwar richtig. Es sei jedoch fraglich, ob diese tatsächlich ausreichten, um das Problem zu lösen. **Die CDU-Fraktion erwarte deshalb von der Verwaltung einen Erfahrungsbericht in 2008 über den Erfolg der Maßnahme "Einstellung zusätzlicher Kräfte für den Ordnungsdienst, die im Jahr 2007 erfolgt sei".**

RM Herr Bacher kündigt für die SPD-Fraktion an, man wolle der Schwerpunktsetzung laut Verwaltungsvorlage zustimmen. Er betont, die Beschlussfassung müsse ausdrücklich unter dem Finanzierungsvorbehalt des Gesamthaushaltes stehen und er gehe davon aus, dass man sich im Ausschuss hierüber einig sei.

Anschließend hebt er einzelne Punkte hervor, die noch verbesserungswürdig seien, aber keine umfassenden Änderungen herbeiführten.

Er macht auf die **Umgangsweise mit Vorschlägen von Bürgerinnen und Bürgern** aufmerksam, die oftmals eine **perspektivischere Formulierung** erfordere. Als Beispiel nennt er die Stellungnahme der Verwaltung zu den Vorschlägen, die Sauberkeit in Kölner Grünanlagen betreffen. Wenn die Verwaltung darauf verweise, der Ordnungsdienst sei in 2007 um 20 Stellen erweitert worden und eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte sei nicht geplant, sei das wenig befriedigend. Stattdessen hätte die Verwaltung darauf hinweisen können, dass die Ordnungskräfte gerade erst eingesetzt worden seien und man zum Zeitpunkt der Durchführung des Bürgerhaushaltes noch keine weiteren Erfahrungen gemacht habe.

Dem Vorschlag mit **Rang 10 "Kennzeichnung der Hundefreilaufflächen"** stimme man zwar zu, noch ein letztes Mal Mittel zur Auszeichnung der Flächen bereit zu stellen. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, dass in jedem laufenden Haushalt, wenn die Kennzeichnung durch Vandalismus zerstört worden sei, Mittel bereitgestellt werden.

Ebenfalls habe die SPD-Fraktion ein Problem mit der Aussage der Verwaltung zu "**Wildparken am Rheinufer**". Die Aussage der Verwaltung sei zwar richtig; dies dürfe jedoch nicht dazu führen, dass überhaupt keine Maßnahmen ergriffen werden, um dieser unerträglichen Situation Herr zu werden. **Hier sollte die Anwendung der Parkkralle geprüft werden.**

Wenig befriedigend sei auch die Aussage der Verwaltung zum **"Bau von Wildbrücken"**. Zuständig sei laut Verwaltung das Landesamt für Straßenbau. Es sei aber doch sicher für die Stadt Köln möglich, ihren Einfluss geltend zu machen und in Kontakt mit den zuständigen Dienststellen zu treten.

SE Herr Bilke bemerkt zum **Cluster "Sauberkeit, Müll, Abfall", Rang 13 a, Stichwort "Abfallbehälter"**, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es in dem Zusammenhang besonders wichtig, **Grillplätze gesondert zu betrachten**. Insbesondere am Aachener Weiher und im Volksgarten, aber auch auf den Poller Wiesen und der Merheimer Heide, sei zu beobachten, dass der Anteil an Abfall, hier wiederum insbesondere die Einweggrills, enorm zunehme. Hier komme man mit mehr bzw. größeren Abfallbehältern nicht weiter. **Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rege an, für diese stark frequentierten Bereiche (Liste sei offen) gezielt ein eigenständiges Konzept zu erstellen.**

Im Bereich **"Erhalt des Grüngürtels, Pflege, Sanierung"** sollten aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **nicht die Sichtbeziehungen und Fensterschnitte** usw. im Vordergrund stehen, **sondern Pflegemaßnahmen zur ökologischen Ausgestaltung**, da es ansonsten wieder zu den bereits angesprochenen Konflikten komme.

Zu **Rang 40 "Fußwege und Bänke im Stadtwald"** kritisiert Herr Bilke, **dass sich die geplanten Mittel fast ausschließlich auf den Wegebau bezögen**. Vorgesehen seien in den nächsten Jahren etwa 4.000.000 € ausschließlich für Wegebau, ohne dass darin Mittel für einen Baum geplant seien.

Herr Eppenich erläutert, die Wege seien insgesamt in einem äußerst desolaten Zustand und bestünden an vielen Stellen ausschließlich aus Stolperfallen, da seit Jahrzehnten nichts mehr für deren Unterhalt unternommen worden sei. Hier werde das Amt für Straßen und Verkehrstechnik Amtshilfe leisten müssen, da auch Zuwegungen und andere befestigte Wege sich in einem äußerst schlechten Zustand befänden. Da hier dringender Handlungsbedarf bestehe, Stichwort "Verkehrssicherung", kämen derartige Summen zustande.

SE Herr Bilke äußert Verständnis für den unstrittigen Handlungsbedarf, wendet jedoch ein, dass es nicht der Intention des Bürgerhaushaltes entspreche, größere Investitionen, die schon immer in Angriff genommen werden sollten, im Rahmen des Bürgerhaushaltes zu tätigen. **Ebenso bedürfe es eines Konzeptes, anhand dessen z. B. die Gewässer in Ordnung gebracht werden. In Abwägung der Belange sollte das Wichtigste beim Wegebau gemacht und ein anderer Teil des Geldes in andere Maßnahmen investiert, also umgeschichtet werden.**

Im Bereich **"Spielplätze"** sollte der Jugendhilfeausschuss als das kompetentere Gremium über die konkreten Maßnahmen entscheiden. Unter **Rang 60** werde ein Vorschlag zu **"Naturspielplätzen"** gemacht. Diese seien **eigentlich in allen Stadtteilen**, insbesondere dort, wo wenig "Durchgrünung" vorhanden sei, wichtig. Er bezweifle allerdings, ob ein Naturspielplatz im Bereich von Gut Leidenhausen richtig angesiedelt sei.

Abschließend **regt er an, die vielen Vorschläge, die nichts oder nur ganz wenig kosten, aber von der Verwaltung aus den unterschiedlichsten Gründen abgelehnt worden seien, in einem zweiten Durchgang nochmal zu sichten**. Diese Vorschläge seien von kompetenten und erfahrenen Bürgerinnen und Bürgern gemacht worden und gäben oftmals Hinweise auf bestimmte Bedarfe in den jeweiligen Stadtteilen. Bevor man umfangreiche Gutachten in Auftrag gebe, sei es sinnvoll, sich diese Vorschläge noch einmal anzuschauen.

Herr Eppenich weist darauf hin, dass nicht alles in der ausschließlichen Zuständigkeit des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün liege. So sei z. B. bei den Spielplätzen der Jugendhilfeausschuss mitberatend zuständig und die Zahlen hinsichtlich der Spielplatzsanierung habe das Jugendamt angegeben. Beim Straßen- und Wegebau sei eine Umschichtung

nicht empfehlenswert, da die Prioritäten auch anhand der häufigen Beschwerden und Anregungen von Kölnerinnen und Kölnern gesetzt worden seien. Aus den oftmals unterlassenen Pflegemaßnahmen in der Vergangenheit seien jetzt Verkehrssicherungspflichten erwachsen, so dass immer wieder massive Mehrausgaben bereitgestellt werden mussten. Trotzdem bestünden immer noch riesige Defizite aus den vergangenen Jahren und Jahrzehnten.

Herr Eppenich nimmt umfassend Stellung zu den einzelnen Kritikpunkten. So liege z. B. eine Gewässerprioritätenliste bereits vor. Diese könne in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorgelegt werden. Wegen der Sauberkeit an Grillplätzen sei man mit den Abfallwirtschaftsbetrieben im Gespräch. Für die Einrichtung von Wildbrücken sei tatsächlich das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen zuständig.

Bezüglich der Wildparker am Rheinufer sei man mit dem Ordnungs- und dem Umweltamt in guten Gesprächen und werde sicherlich Exempel setzen oder Einzelfall bezogen reagieren. Dort, wo man immer wieder feststelle, dass falsch geparkt werde, werde man Maßnahmen durchsetzen, auch wenn dann mal ein Schaden an der Anlage zu befürchten sei.

Zum Verbindungsweg am Rheinpark weist Herr Eppenich darauf hin, dass es dort zwei Wege gebe. Das Wasser- und Schifffahrtsamt beabsichtige, den befahrbaren asphaltierten Weg auf dem Damm weiter zu verbessern. Der untere Weg, der häufiger überflutet sei und im Landschaftsschutzgebiet liege, sei allerdings problematisch.

Hinsichtlich der Toiletten auf den Poller Wiesen sagt er zu, Lösungen, z. B. im Rahmen von Gesprächen mit den Verwaltern von vorhandenen Toilettenanlagen, aufzuzeigen. Auch in den anderen Grünanlagen suche man nach praktikablen Lösungen.

RM Herr Dr. Fladerer begrüßt die **Generalsanierung von "Kölns trostlosestem Spielplatz"**. Ihm sei bekannt, dass die BV Lindenthal im letzten Jahr einen Prüfauftrag für das Gebiet Klettenberg, ähnlich zur Anlage am Auerbachplatz, gestellt habe, einen geeigneten Platz für eine Quartiersgarage zu suchen. Wenn jetzt am Honnefer Platz die große Lösung angestrebt werde, rege er an, **entsprechend des Prüfauftrages der BV den Honnefer Platz in die Überlegungen mit einzubeziehen und zu prüfen, ob der Platz ein geeignetes Gelände für eine Quartiersgarage sei.**

RM Frau Dr. Müller verweist zum **Cluster "Godorfer Hafen / Sürther Aue", Rang 4** auf den **Hinweis der BV Rodenkirchen, dass ein insgesamt Ausgleich vor Ort vorgenommen werden sollte.** Aus Sicht der dort lebenden Menschen sei es nicht nachvollziehbar, wenn nicht insgesamt dort ausgeglichen werde, wo der Eingriff erfolge.

Zum Vorschlag **"Hunde statt Kinder" Rang 10 im Cluster "Hunde, Hundekot"** macht sie auf das Kontrolldefizit aufmerksam. **Es reiche nicht Hundefreilaufzonen auszuweisen, sondern deren Kontrolle müsse auch umgesetzt werden.**

"Sauberkeit in Grünflächen" sei ein ganz wichtiges Thema. **Daher würde sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünschen, wenn die Verwaltung hier ein zeitnahes Konzept vorlegen würde.**

RM Herr Brust bekräftigt nochmal die Bitte um Prüfung, ob der Naturspielplatz nicht woanders gebaut werden könne und weist ebenfalls darauf hin, dass noch eine **rechtliche Prüfung einer Parkkralle für Falschparker am Rheinufer** erfolgen sollte.

Herr Eppenich nimmt zu der Einrichtung und dem Standort des Naturspielplatzes Stellung. Im Hinblick auf die Regionale 2010 und das dort geplante "Tor zur Wahner Heide" sei es sinnvoll, dort einen Naturspielplatz anzulegen. Man könne jedoch sicherlich auch über Alternativen nachdenken. Er bitte daher darum, diese Planung zunächst so anzunehmen.

RM Herr Grau bekräftigt, dass Leidenhausen ein überaus geeigneter Platz sei und er könne der Verwaltung nur zustimmen, dort beispielhaft einen Naturspielplatz einzurichten.

Abschließend betont Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher, die Denkanstöße als solche zu betrachten, die jedoch nicht den Beschlusstext der Verwaltungsvorlage ändern sollten.

Nach einer breiten Verfahrensdiskussion macht er den Vorschlag, dass der Ausschuss über den Beschlusstext der Verwaltungsvorlage mit dem Finanzierungsvorbehalt abstimmen solle. Losgelöst davon könne der Ausschuss die Verwaltung darüber hinaus beauftragen, die Anregungen, die im Rahmen der Diskussion gemacht worden sind, aufzugreifen und zu gegebener Zeit Stellungnahmen abzugeben.

Herr Eppenich sagt zu, die Anregungen und Konzepte aufzugreifen und dem Ausschuss in den nächsten Sitzungen entsprechende Vorlagen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dies wird von den Ausschussmitgliedern einvernehmlich angenommen.

Außerdem regt RM Frau Dr. Müller hinsichtlich des Standortes für den Naturspielplatz an, dass die Verwaltung in Zukunft ortsnahe Standorte, die leichter zu erreichen sind, prüft und vorschlägt. Unabhängig davon lehne man den Standort Leidenhausen nicht ab.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass sie den Anregungen aller, die im Rahmen der Beratung dieses Bürgerhaushaltes von den Fraktionen gemacht worden sind, nachgehen werde und zeitnah in den nächsten Sitzungen dem Ausschuss berichten wird, welche Möglichkeiten bestehen, diese umzusetzen.

Herr Bilke regt an, bei der Umsetzung Bezug auf den Bürgerhaushalt zu nehmen, z. B. in der jeweiligen Beschlussvorlage.

Abschließend stellt der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher den Beschlussvorschlag der Verwaltung, **ergänzt um den Finanzierungsvorbehalt**, zur Abstimmung:

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Hinblick auf den Gesamthaushalt und vorbehaltlich der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses und des Verkehrsausschusses empfiehlt der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün dem Rat, die in Anlage 1 beschriebenen Vorschläge mit einer Gesamtsumme von 2.574.000 € (Aufwendungen 1.215.000 €, Investitionsauszahlungen 1.359.000 €) zusätzlich im Haushaltsjahr 2008 zu berücksichtigen und darüber hinaus die ab dem Hj. 2009 ff zur Umsetzung erforderlichen Aufwands- und Zahlungsermächtigungen zusätzlich in die Finanzplanung 2009 ff aufzunehmen.

Maßnahmen, deren Kosten zurzeit noch nicht bezifferbar sind, aber deren Umsetzung geplant ist, sollen in die Finanzplanung aufgenommen werden, sobald die Kosten bekannt sind.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt im Übrigen die Umsetzung der in der Gesamtliste zum Bürgerhaushalt enthaltenen und bereits im Haushaltsplan 2008 und in der Finanzplanung berücksichtigten Vorschläge zum Themenbereich Grünflächen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Mündliche Anfragen

Keine.

Bacher
(Ausschussvorsitzender)

Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)

II. Nichtöffentlicher Teil

Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

3 Beschlussvorlagen

Keine

4 Mündliche Anfragen

Keine.

Bacher
(Ausschussvorsitzender)

Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)